55. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 21

Mittwoch, 13. Januar 1926

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Luther von Hindenburg beauftragt.

Nach dem Scheitern der Großen Koalition.

Von

Dr. Ernst Feder.

Die Sozialdemokratische Partei hatte das in der Politik ne Glück, daß ihr eine Ueberlegungsfrist gegeben war, um Fehler wieder gutzumachen, den sie mit der Ablehnung der ßen Koalition vor drei Wochen begangen hat. Sie hat die t nicht benutzt. Sie hat den Fehler gestern wiederholt. sie vor drei Jahren den Kanzler Wirth stürzte, weil sie Große Koalition unter ihm nicht wollte, hat sie jetzt die ße Koalition unter Koch abgelehnt, weil das Experiment r Stresemann nicht geglückt war. Die Gründe, die ihr ktionsbeschluß angibt, sind Vorwände. Nicht die Angst vor fünfzig Volksparteilern innerhalb einer Regierungsmehr- von über zweihundertsiebzig Abgeordneten, sondern die g st vor der eigenen Verantwortung hat sie mmt. Der Wille zur Macht hat versagt. Was ist das für kümmerliche Auffassung, die da herzählt, daß die Deutsche spartei im Achtstundentag, in der Erwerbslosenfürsorge in der Fürstenabfindung sich gegen sozialdemokratische berungen ausgesprochen hat! Soll etwa künftig die nettsbildung sich in der Weise vollziehen, daß die litionsparteien die Gesetze der kommenden Regierung agraph für Paragraph vorher ausarbeiten, ehe man sich Eintritt in die Regierung entschließt? Heißt denn Regieren agraphen schaffen? Regieren heißt auch verwalten, heißt richtigen Männer und Frauen an die richtigen Stellen n. Es handelte sich darum, jetzt endlich eine stabile okratisch-republikanische Mehrheit zu fen, die die vielen Fehler und Versäumnisse der Ver- ungs- und Personalpolitik wieder gutzumachen hatte. Das das Ziel, dem die Demokratische Partei als einzige unter nichtsozialistischen Parteien immer unbeirrt nachgegangen nd das jetzt in greifbarer Nähe lag. Die Sozialdemokratie nicht zuzupacken gewagt.

Die Entwicklung der letzten Zeit hatte die objektiven Aus- en der großen Koalition verbessert. Die Deutschnationalen en gegen links politisch isoliert, seit sie in der rno-Politik von ihrem eigenen Werk desertiert waren. der „Notgemeinschaft" des Kappministers Bang vollzog r ein Teil der Deutschnationalen eine Annäherung an den schwölkischen Putschismus. Hinzu traten jene Vorgänge, die politische Isolierung durch eine moralische zu ver- fen schienen: der deutschnationale Abgeordnete Ever- g tritt im Rechtsausschuß kräftig für die Fürsteninteressen und verschweigt dabei weise als Meister des Stils, daß er Prozeß einen dieser Fürsten als Rechtsanwalt vertritt; deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meier auf die merkwürdigste Weise in die Affäre der finan- en Unterstützung des Fememörders Schulz ver- t; der Abgeordnete Hugenberg führt in seinen Blättern persönlich gehässigsten Kampf gegen Stresemann und be- nt dafür volksparteiliche Antworten so deutlichen Charak- daß seine Presse sie ängstlich verschweigen muß. War es l politisch richtig, in diesem Moment die Deutsche Volks- ei auf ihren bisherigen Rechtskurs festzulegen, wie das Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ver- ? Kam nicht jetzt alles darauf an, die Strömung in Volkspartei zu stärken, die nach volksparteilichem Ausdruck n Anschluß an das neue Deutschland gefunden hat"? Aber e Gelegenheit ist gewesen, und es ist fraglich, wann wiederkommen wird. Das sozialdemokratische rteiinteresse hat über das Staatsinter- e gesiegt.

s ist notwendig, das mit aller Deutlichkeit festzustellen. st zwecklos, sich dabei aufzuhalten. Was soll jetzt geschehen? chspräsident v. Hindenburg hat alle Möglich- n, die Große Koalition zu bilden, erschöpft. Er hat jetzt, zu erwarten war, Luther mit der Bildung der en Regierung beauftragt. Welcher Regierung? parlamentarische Mehrheitsregierung ist unmöglich. Die tschnationalen sind regierungsunfähig. Die Sozialdemo- en haben sich selbst für regierungsunfähig erklärt. Ein mtenkabinett kommt nicht in Frage. Cunos Spuren cken, und es ist wohl ganz ausgeschlossen, daß eine solche ierung die Schwierigkeiten der kommenden Monate zu tern vermag. Das Spiel mit dem Feuer des Diktatur- graphen hat jetzt auch in der Rechtspresse aufgehört. nbar haben die kindlichen Gemüter, die sich anfangs an erfreuten, jetzt erkannt, daß sie sich zuerst die Finger an verbrennen würden. Es bleibt nur eine parla- ntarische Minderheitsregierung der tte. Ihr können sich Demokraten und Zentrum nicht versagen, nachdem ihre äußersten Bemühungen zur ung der Großen Koalition gescheitert sind. Wie die neue ierung aussehen wird, darüber läßt sich jetzt natürlich noch ts erklären. Aber man kann etwas darüber sagen, wie sie ht aussehen darf.

Auf der Rechten triumphiert man über das Nein der Sozial- okratie. Nicht ohne Grund. Denn dieses Nein ist ein lag gegen die Republik, schwächt die republikanische Mitte und stärkt die Hoffnungen der Reaktion. Wenn man sich freilich auf der Rechten der Erwartung hingibt, daß das kommende Kabinett, mag es von Luther oder von einem anderen geführt werden, eine Art Uebergang zu einem neuen Rechtsblock darstellen wird, so ist das ein Irrtum, der schleunigst zerstreut werden muß. Demokraten und Zentrum werden sich von der geraden Linie, die sie seit dem Beginn der Verhandlungen eingehalten haben, gewiß nicht abbringen lassen. Sie haben ihr Ziel mit der Sozialdemokratie zu verwirklichen gesucht. Sie werden jetzt ohne sie es zu erreichen streben. Die Außenpolitik ist durch das Programm des Garantiepaktes und des Eintritts in den Völkerbund festgelegt. Von diesem Programm schließen sich die Deutschnationalen aus, ja, die Hugenberg-Presse eröffnet jetzt sogar eine Schimpfkanonade gegen die Dawes-Gesetze, die doch nur mit deutschnationaler Zustimmung angenommen worden sind. In der Innenpolitik werden die republikanischen Parteien ebenfalls Sicherungen verlangen müssen, etwa in dem Rahmen, der durch das von Koch vorgelegte Programm gezogen ist. Sachliche und persönliche Garantien. Sie wahren damit kein Parteiinteresse, sondern das Staatsinteresse, das die Sozialdemokratische Partei in ihrem gestrigen Beschluß verleugnet hat. Noch lassen sich die Wirkungen dieses Beschlusses nicht übersehen, noch läßt sich nicht erkennen, ob er Episode bleibt oder eine neue Entwicklung einleitet. Aber mit der Verantwortung für das Kommende ist die Sozialdemokratie belastet, gerade deshalb, weil sie sich der Verantwortung entziehen wollte.

* * *

„Eine neutrale Regierung der Mitte ..."?

Die heutigen Besprechungen.

Die Haltung der Demokraten.

Der Reichspräsident hatte heute vormittag die beiden Führer der Demokraten und des Zentrums, die Abgeordneten Reichskanzler a. D. Fehrenbach und Reichsminister a. D. Koch zu sich gebeten. Die Parteiführer erschienen um elf Uhr. Sie gaben dem Reichspräsidenten einen ausführlichen Bericht über ihre letzten Bemühungen um die Bildung einer Regierung auf der Basis der großen Koalition. So haben unter anderem noch gestern abend, als die Sozialdemokraten in ihrer Sitzung bereits zusammengetreten waren, die Abgeordneten Erkelenz und Haas in einer Besprechung mit dem sozialdemokratischen Führer Wels auf die Entscheidung der Sozialdemokraten einzuwirken versucht. Vergeblich. Reichspräsident v. Hindenburg dankte aufs wärmste den beiden Parteiführern für ihre Unterstützung und betonte nochmals, daß er dringend gewünscht hätte, die Parteien, die die bisherige Außenpolitik gebilligt und ermöglicht haben, hätten nun auch endgültig die Regierungsgeschäfte übernommen. Sehr bedauert der Reichspräsident die Tatsache, daß auf Drängen der Mehrheit der gestrigen sozialdemokratischen Fraktion der ursprünglich vorgeschlagene Wortlaut des Beschlusses, der die Ablehnung einer Beteiligung an der Regierung auf den jetzigen Augenblick beschränkt wissen wollte, abgeändert worden ist, indem das Wort „jetzt" gestrichen wurde.

Der Reichspräsident sieht sich jedenfalls vor die Notwendigkeit gestellt, eine andere als die beabsichtigte und erwünschte Regierung der großen Koalition zu berufen. Er bat deshalb die Führer der Demokraten und des Zentrums, sich nunmehr wenigstens nicht auch für ihre Fraktionen einer Regierungsbildung, wie sie nun notwendig wird, zu versagen. **Gleichzeitig teilte er ihnen mit, daß er im Anschluß an die Besprechung mit ihnen Dr. Luther empfangen und ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung endgültig erteilen werde. Er hoffe, daß Dr. Luther dahin Unterstützung finden werde, daß er ein Kabinett der Mitte bilden könne.**

Eine bestimmte Antwort konnten Koch und Fehrenbach dem Reichspräsidenten noch nicht geben, da sich ihre Fraktionen erst über ihre Stellung zu der nunmehr geschaffenen Lage schlüssig werden müßten. Damit war der Empfang der beiden Fraktionsführer beendet.

Um ½12 Uhr erschien Dr. Luther, dem der Reichspräsident im Anschluß an eine eingehende Besprechung formell den Auftrag der Kabinettsbildung erteilte. Dr. Luther hat diesen Auftrag, der übrigens ohne jede Bindung oder Beschränkung erfolgte, angenommen. So stellt sich im Augenblick die Situation dar. Nach dem Plenum treten heute die Fraktionen wieder zusammen. Sie werden sich mit der durch den gestrigen Beschluß der Sozialdemokraten geklärten Lage zu befassen haben. Für die Deutsche Volkspartei ist die Situation — wenigstens vorläufig — eindeutig. Daß sie einem Kabinett Luther nach wie vor sympathisch gegenübersteht, ist selbstverständlich. Für sie bedeutet ja gerade die erneute Kanzlerschaft Luthers von vornherein eine gewisse Garantie ihrer Stellung im künftigen Kabinett. Anders liegen die Dinge für das Zentrum, obgleich der Beschluß vom letzten Sonntag bereits die notwendigen Grundlagen einer weiteren Stellungnahme bietet. **Die Demokraten stehen vor einer völlig neuen Entscheidung. Sie haben bisher die große Koalition als die einzig mögliche und logische Lösung der Regierungskrise nach der Flucht der Deutschnationalen angesehen. Dieser Lösung haben sich die Sozialdemokraten versagt. Selbstverständlich können die Demokraten der Sozialdemokratie auf ihrem Weg der Selbstausschaltung nicht folgen.**

Wir hören aus maßgebenden Kreisen der demokratischen Fraktion, daß man sich der Beteiligung an einem Kabinett der Mitte grundsätzlich nicht versagen wird. **Allerdings müssen die notwendigen Garantien gegeben sein, daß nicht ein Kabinett gebildet wird, das sachlich oder persönlich irgendwie nach rechts tendiert. Einer bloßen Ergänzung des bisherigen Rumpfkabinetts werden deshalb die Demokraten ihre Zustimmung nicht geben können.** So werden die nächsten Schritte Dr. Luthers für das Schicksal eines Kabinetts der Mitte entscheidend sein. Erst wenn darüber Klarheit gegeben ist, werden die Demokraten endgültige Beschlüsse über ihre Beteiligung an dem kommenden Kabinett fassen können.

Der amtliche Bericht.

Berlin, 13. Januar. (W. T. B.)

Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag 11 Uhr die Abgeordneten Fehrenbach und Koch, die ihm über die Verhandlungen zur Schaffung der großen Koalition und deren negatives Ergebnis berichteten. Der Herr Reichspräsident dankte beiden Herren für ihre Bemühungen und ihren Bericht; er erklärte, nachdem alle Versuche zu Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen, und richtete an die beiden Parteiführer das Ersuchen, ihn angesichts der Notlage des Vaterlandes hierbei tatkräftig zu unterstützen. Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch nahmen diese Erklärung zur Kenntnis und erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Um 11 Uhr 30 Minuten empfing der Herr Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat diesen Auftrag angenommen.

*

Zu dem Empfang der beiden Parteiführer beim Reichspräsidenten erfahren wir noch folgendes: Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach hat den vom Reichspräsidenten geäußerten Gedanken, daß Reichskanzler Dr. Luther „ein neutrales Kabinett der Mitte" bilden soll, unverzüglich zugestimmt. Reichsminister a. D. Koch, der Führer der Demokraten, hat an den Reichspräsidenten die Frage gerichtet, **was unter einem solchen neutralen Kabinett der Mitte zu verstehen sei. Der Gedanke wurde dann dahin interpretiert, daß ein solches Kabinett unabhängig nach beiden Seiten sein soll.**

Nachdem der Aeltestenrat des Reichstags heute vormittag beschlossen hatte, in den Plenarsitzungen vom Sonnabend dieser Woche bis Dienstag nächster Woche einschließlich eine Pause eintreten zu lassen, **ist nach Lage der Dinge damit zu rechnen, daß am Mittwoch nächster Woche voraussichtlich die neue Regierung sich dem Reichstag vorstellen kann und wird.**

*

Wie wir hören, beabsichtigt Dr. Luther, als **Reichsjustizminister den früheren Reichskanzler Marx** und als **Reichswirtschaftsminister Rechtsanwalt Dr. Lammers**, der Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, zu berufen. Außerdem würden dann noch im Reichskabinett vom Zentrum **Reichsarbeitsminister Dr. Brauns** verbleiben. Wie wir weiter erfahren, soll das Zentrum beabsichtigen, sich mit der Berufung der genannten Kandidaten einverstanden zu erklären.

Fehrenbach bei Luther.

Die Sitzung der Zentrumsfraktion heute mittag war mit Rücksicht darauf, daß der Abgeordnete Fehrenbach bereits um 2 Uhr nachmittags von dem mit der Bildung der Regierung beauftragten Reichskanzler Dr Luther empfangen worden ist, nur von ganz kurzer Dauer. Man beschränkte sich darauf, den Bericht über die Auftragserteilung an Luther und die dadurch geschaffene Lage entgegenzunehmen. Irgendwelche Beschlüsse wurden naturgemäß nicht gefaßt. Die Zentrumsfraktion wird aber heute mittag bzw. heute abend nach der Plenarsitzung erneut Fraktionsberatungen abhalten.

Reichskanzler Dr. Luther hat seine Bemühungen um die Bildung des Reichskabinetts bereits heute mittag aufgenommen. Um ½2 Uhr empfing er als Vertreter des Zentrums den Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, mit dem er sich über die politische Lage besprach. Dr. Luther betonte nochmals ausdrücklich, daß ihm an einer Bildung eines